

Aktuelle Post aus dem Kreistag (20)



22. Februar 2019

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir berichten über die Kreistagssitzung vom 20. Februar 2019.

Es war eine kurze Sitzung - nur 15 Tagungsordnungspunkte standen auf dem Programm. Unser Antrag „Erstausstattung der Wohnung bei Hartz4“ bzw. der Sozialhilfe wurde erneut zurückgestellt. Seit Juli 2018 soll er immer wieder auf die Tagesordnung, um dann doch wieder verschoben zu werden.

Drei große Anfragen haben wir im Februar 2019 eingereicht:

Die erste zur geplanten Privatklink beim Gesundheitszentrum Wetterau - „GZW Plus GmbH“ (man beachte: nicht mehr **gemeinnützige GmbH!**)

Eine zweite zur Jubelmeldung des Jobcenters „Hartz4 an der Supermarktkasse“ und eine detaillierte Anfrage zum Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in der Wetterau.

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

1. Antrag DIE LINKE / Piraten: „Erstausstattung der Wohnung bei Hartz4“
2. Drei Anfragen der Linken (GZW, Hartz4 an der Supermarktkasse, BTHG)
3. Antrag SPD/CDU: Änderung der Gebührensatzung in den Recyclinghöfen
4. Antrag SPD/CDU: Übernahme der Flüchtlingsunterkünfte durch den Wetteraukreis
5. Antrag SPD/CDU: Entschädigungssatzung des Wetteraukreises
6. Antrag SPD/CDU: Wetteraukreis soll 5G-Modellregion werden
7. Antrag SPD/CDU: Weiterentwicklung E-Government
8. Antrag der NPD: Nein zum Baugebiet Gollacker in Niddatal
9. Antrag Grüne: Schüler/innen-Beförderung in Bad Nauheim

RÜCKLICHT



Friday for Future
Auch in der Wetterau streiken Schülerinnen und Schüler für das Klima. Die Linksjugend Wetterau beteiligt sich an den Aktionen. Ehrgeiziges Ziel der jungen Leute: Alle zwei Wochen soll eine Aktion stattfinden.

Wir kehren den braunen Schmutz aus der Stadt !

Immer wieder NPD in Büdingen: Im Januar der bundesweite Neujahrsempfang der Nazipartei. DIE LINKE. Wetterau protestierte mit einer Kehraktion.



Antrag DIE LINKE. / Piraten: Erstaussstattung der Wohnung bei Hartz4 und Sozialhilfe

Der Antrag wurde im Juli 2018 eingereicht. Doch schon wieder wurde er von der Tagesordnung abgesetzt. Dabei ist er im Sozialausschuss längst behandelt worden. Man hatte extra den frisch gebackenen stellvertretenden Geschäftsführer des Jobcenters Wetterau eingeladen. (Ist der schon wieder weg? Er ist auf der Interneseite des Jobcenter gar nicht zu finden...) Der sollte den Antrag vom Tisch wischen. Leider gelang ihm das nicht. Aber der Reihe nach:

Hier ist unser Antrag vom Juli 2018:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/919-erstaussstattung-der-wohnung-bei-hartz4.html>

Wir hatten dem Antrag eine aktuelle Preisliste des Jobcenters angefügt. Im Mai 2016 waren nämlich die Zuschüsse zur Erstaussstattung von Wohnungen fast auf die Hälfte gekürzt worden – von zuvor 2060 Euro auf 1195 Euro. Und aus der Sprechstunde des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ wurde uns gemeldet, dass sogar dieser Betrag in der Praxis des Jobcenters oftmals deutlich unterschritten wird.

Zur Erklärung: Erstaussstattungszuschüsse werden nur gewährt, wenn jemand wirklich noch nie eine eigene Wohnung hatte oder beispielsweise aus der Haft entlassen wurde. Es muss ein gesonderter Antrag gestellt werden.

Mit den Preisen auf der Liste des Jobcenters sind auch bei Billiganbietern keine Möbel zu finden. Es werden keine Transportkosten bezahlt. Das heißt, ein Kauf zum Beispiel bei e-bay ist auch schwierig.

Der Vertreter des Jobcenters behauptete allen Ernstes im Sozialausschuss, Möbel seien seit 2012 deutlich preiswerter geworden. Man habe recherchiert und Möbel zu den festgesetzten Preisen gefunden. Wo? Das konnte er aber nicht sagen.

Sogar den Abgeordneten der anderen Parteien war das zu viel. Offensichtlich wollten sie sich nicht gänzlich blamieren. Unser Antrag wurde an die Sozialhilfekommission des Wetteraukreises überwiesen. Dort ruht er nun in Frieden.

Drei Anfragen DIE LINKE. / Piraten:

Privatklinik beim Gesundheitszentrum Wetterau

Wir berichteten in der letzten Post aus dem Kreistag, dass eine Privatklinik GZW Plus GmbH geplant ist. Dazu haben wir folgende Anfrage gestellt:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/983-fragen-zur-privatklinik-gzw-plus.html>

Hartz4 an der Supermarktkasse

In der Presse war zu lesen, dass es ganz einfach sein soll, Hartz4 an der Supermarktkasse auszahlen zu lassen. Das Jobcenter Wetterau hat an einem Versuch teilgenommen.

Da wir dieses Märchen anzweifeln, haben wir diese Anfrage gestellt:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/981-hartz4-an-der-supermarktkasse.html>

Stand der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in der Wetterau

Das Bundesteilhabegesetz soll die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung sichern. Das neue Gesetz fordert eine neue Aufteilung der Fälle zwischen Landeswohlfahrtsverband (LWV) und den Landkreisen und kreisfreien Städten – je nach Lebensabschnitt. Jugendliche und Senioren werden vom Kreis betreut. Erwachsene vom LWV. Außerdem müssen wohnortnahe Beratungsmöglichkeiten in den Landkreisen aufgebaut werden und einiges mehr.

Dazu haben wir eine große Anfrage gestellt, um uns über den Stand der Umsetzung des BTHG zu informieren:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/982-umsetzung-des-bundesteilhabegesetzes-bthg-im-wetteraukreis.html>

Antrag der Koalition aus SPD / CDU: Änderung der Gebührensatzung in den Recyclinghöfen

Am 1. Januar 2015 war eine Neuregelung des gesetzlichen Messwesens in Kraft getreten. Zusammengefasst die Folge: Die Fahrzeugwagen in den Recyclinghöfen sollen bei kleinen Wiegemengen nicht mehr eingesetzt werden, obwohl sie in der Lage sind 2 kg genau zu messen. Kleinmengen sollen zukünftig auf Plattformwaagen gemessen werden. Doch die sind dem Wetteraukreis zu teuer. Stattdessen wurde die Gebührensatzung geändert und man muss immer für 40 kg Müll bezahlen – auch wenn man unter dieser Menge bleibt. Wir haben das abgelehnt und das ist unsere Rede (Redezeitbeschränkung 1 Minute)

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

Die in der Vorlage wiedergegebene Argumentation der Eichdirektion Hessen, erscheint der Fraktion Die Linke / Piraten nicht nachvollziehbar.

Warum soll es rechtlich unzulässig sein, bei einer Waage mit dem Eichwert 2 kg als kleinster, sicher messbarer Einheit diese nicht auch zur exakten Messung heranzuziehen? Es trägt schon schildbürgerhafte Züge, wenn statt des Mindest-Eichwertes von 2 kg immer nur eine Mindestlast von 40 kg in Gebührenbescheiden abgerechnet werden darf.

Im Übrigen möchten wir auf die möglichen Folgen der beabsichtigten 40 kg Regelung aufmerksam machen: Mit dieser vorliegenden Regelung ist zu erwarten, dass es nach der Änderung nicht nur zu einer Beschwerdeflut erboster Bürger kommen wird, sondern auch zu einem Anstieg der illegalen Entsorgung von kleineren Sperrmüllmengen.

Rechnen Sie also bitte den Anstieg der Entsorgungskosten für illegal deponierten Müll mit ein, bevor Sie die Anschaffung und den Betrieb zusätzlicher Plattformwaagen für die Kleinmengenverwiegung als zu teuer verwerfen.

Wir plädieren auch aus Umweltschutz-, hygienischen und ästhetischen Gründen für die Kleinmengenverwiegung und lehnen die Einführung einer Mindestlastpauschale ab.

Antrag der Koalition aus SPD / CDU: Übernahme der Flüchtlingsunterkünfte durch den Wetteraukreis

Wir haben einem Antrag der Koalition zugestimmt, dass die Flüchtlingsunterkünfte dem Wetteraukreis unterstellt werden. In den Unterkünften der Städte und Gemeinden gibt es derzeit Leerstand und viele Mietverträge laufen bald aus. Für die Kommunen ist es gut, wenn der Kreis die nötigen Unterkünfte verwaltet und pflegt.

Erst letztes waren auch Betreiber von Flüchtlingsunterkünften ausgewechselt worden. Die berüchtigte european homecare wurde vom wetterauer RDW abgelöst.

Antrag der Koalition aus SPD / CDU: Entschädigungssatzung des Wetteraukreises

In dieser Kreistagssitzung wurde eine neue Entschädigungssatzung für die Abgeordneten des Kreistags und die Fraktionen beschlossen. Wir haben uns enthalten.

Lange wurde daran herumgedoktert, die kleinen Fraktionen im Kreistag finanziell auszutrocknen. Das konnte glücklicherweise mehrfach abgewendet werden. (Wir hatten berichtet.) Für ihre Arbeit brauchen Fraktionen Geld.

Im Wetteraukreis sind die finanziellen Aufwendungen für die parlamentarische Arbeit nicht sehr hoch. Bisher bekamen die Fraktionen im Jahr eine Pauschale je nach Größe der Fraktion. Die Aufwandsentschädigung für Abgeordnete pro Sitzung betrug 25 Euro. Das wurde nun erhöht. Das Sitzungsgeld beträgt nun 41 Euro. Und auch die Fraktionen erhalten mehr Geld.

Antrag der Koalition aus SPD / CDU: Wetteraukreis soll 5G-Modellregion werden

Es geht um den Mobilfunkstandard der 5. Generation. Das Bundesverkehrsministerium will Modellregionen ausweisen und der Kreistag hat nun beschlossen, sich als Modellregion zu bewerben. Das war unsere Rede (Redezeitbeschränkung 1 Minute):

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE / Piraten wird diesem Antrag zustimmen.

Wir haben dazu noch die folgende Anmerkung:

Ländliche Regionen, die infrastrukturell abgehängt sind bewerben sich jetzt natürlich darum, Modellregion zu werden. Das sind die Nordhessischen Landkreise ebenso, wie zum Beispiel die ländlichen Regionen im Osten Deutschlands.

Die Frage ist doch: Warum gibt es - wie bei vielen anderen wichtigen Aufgaben auch - nur Modellregionen? Warum wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur nicht als gut finanziertes Strukturprogramm in den Bundeshaushalt eingeplant?

Es sind doch Ihre Parteien, liebe Koalition, die in Berlin regieren! Werden Sie mit Nachdruck in Ihren Parteigremien und bei Ihren Parteispitzen vorstellig und fordern Sie ein Infrastrukturprogramm!

Wir wüßten auch eine geeignete Gegenfinanzierung: Keine Steigerung des Rüstungsetats auf 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Dann könnte man 40 Milliarden einsparen und für Sinnvolles ausgeben.“

Antrag der Koalition aus SPD / CDU: Weiterentwicklung E-Government

Die Koalition hält die elektronische Verwaltung für DAS Zukunftsthema. Deshalb will man elektronische Formulare und online-Zugänge weiterentwickeln. Auch Termine sollen zukünftig online vergeben werden.

Im Antrag wird zwar von Bürgerinteressen geredet, doch der eigentliche Grund wird auch genannt: „möglichst schlanke, flexible, rasche und kostengünstige (...) Verwaltungsabläufe“. In unserer Rede (Redezeitbeschränkung 1 Minute) gingen wir auf zu erwartende soziale Probleme ein:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

Wir möchten nachdrücklich darauf aufmerksam machen, dass die von den Verwaltungen bereitgestellten Leistungen auch für Menschen ohne Computer oder Smartphone genutzt werden.

Sie schreiben in Ihrem Antrag:

„Die Qualität der Leistungen der öffentlichen Verwaltung soll im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und der Verwaltung noch weiter verbessert werden.“

Das erfordert unseres Erachtens, dass der Zugang zu den Behörden ALLEN Menschen möglichst barrierefrei ermöglicht wird.

Vielen Menschen erschließen sich schon heute die Formulare nicht, weil sie in verquaster Amtssprache verfasst sind. Auf jeden Fall brauchen sie einen menschlichen Ansprechpartner. Und sie brauchen jemanden, der ihnen die Formulare übergibt und – wenn nötig – erklärt.

Ein schlanker oder kostengünstiger Service ist für diese Menschen nicht hilfreich. Besonders dann nicht, wenn die elektronischen Geräte fehlen oder uralt sind. Viele können sich die digitale Welt einfach nicht leisten! “

Wir haben diesen Antrag abgelehnt, denn er enthält keinerlei Ideen, wie wirkliche Bürgerfreundlichkeit in der Kreisverwaltung weiterentwickelt werden könnte.

Antrag der NPD: Nein zum Baugebiet Gollacker

Die Naziartei solidarisiert sich mit der Niddataler Bürgerinitiative gegen die Bebauung des Gollackers in Assenheim. Null Ahnung – davon aber viel. Da konnten wir nur sarkastisch werden:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

Meine Anerkennung, die Herren von der NPD, für diesen hervorragenden Antrag!

Das hätte ich gar nicht von Ihnen erwartet, dass Sie sich die Pläne für den Gollacker in Assenheim genau ansehen und sich intensiv mit der Materie beschäftigen! Dabei haben sie dann die erschreckende Einsicht gewonnen, dass 236 Wohneinheiten eine monströse Satellitenstadt ohne bauliche Ästhetik sind. Das ist wirklich ein Skandal!

Dabei gibt es solche Satellitenstädte schon in Butzbach und Bad Nauheim! Und erst in Karben, Bad Vilbel und Friedberg! Komisch finde ich nur: Dort haben Sie sich gar nicht gegen diese Satellitenstädte gewehrt. Warum eigentlich nicht?

Haben Sie das nicht mitbekommen, weil es nicht in der Zeitung stand?

Zum Glück gibt es aber in Niddatal eine kontroverse Debatte und in der Presse steht soviel drin, dass sogar Sie es nicht übersehen können. Also nochmal: Glückwunsch! “

Antrag der Grünen: Schülerbeförderung in Bad Nauheim

Wir haben dem Grünen-Antrag zugestimmt, der sich für Gespräche mit der vgo ausspricht, um die Probleme mit dem Schulbus aus Ober-Mörlen in die Kernstadt zu regeln. Im Winter kam es öfter zu übervollen Bussen.

Der Antrag wurde jedoch von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Sie sehen kein Problem. Die Kinder sollen einfach einen Bus früher nehmen. Welch weiser Vorschlag...



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber